



121/2007

Kiel, 18. November 2007

## Jugend im Landtag 2007: Profiloberstufe abgelehnt

*Kiel (SHL) – Ein Wochenende lang haben rund 90 Jugendliche aus ganz Schleswig-Holstein auf Einladung des Landtagspräsidenten Martin Kayenburg miteinander im Kieler Landeshaus bei „Jugend im Landtag“ diskutiert und Beschlüsse gefasst. Nun sind die gewählten Volksvertreter und die Ministerien am Zug: Sie werden zu den Beschlüssen Stellung nehmen und den Jugendlichen eine schriftliche Antwort auf ihre Forderungen geben.*

Am heutigen Sonntag wurde über die Beschlussvorlagen von vier Arbeitsgruppen im Plenarsaal des Landtages von den Jugendlichen beraten und entschieden. Am Morgen begrüßte Landtagspräsident Martin Kayenburg die jugendlichen Delegierten aus Schulen, Jugendorganisationen und –verbänden im Sitzungssaal des Landesparlamentes. „Jugend im Landtag“ sei für die Landespolitik eine Art Seismograph, sagte Kayenburg, denn: „Ihre Beschlüsse geben uns einen Hinweis darauf, wie schleswig-holsteinische Jugendliche unsere Politik beurteilen und welche Vorschläge, welche Ideen sie haben und wo Sie Problemlösungen erwarten.“ Er forderte die Jugendlichen auf, sich auch weiterhin aktiv in die Politik einzubringen. „Es geht um ihre eigenen Belange, deshalb sollten Sie sich nicht mit einer Zuschauerrolle begnügen“, so der Landtagspräsident.

Folgende Beschlüsse wurden in den vier Themenbereichen gefasst:

### Themenbereich „Bildung/Schule“

Die Landesregierung wird aufgefordert, verbindliche **Standards für die Ausstattung der Schulen** und die Bereitstellung von Lernmitteln, Lehr- und Unterrichtsmaterial festzulegen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, ein Unterrichtskonzept zu erarbeiten, das Schülern bereits von der 5. Klasse an einen weitreichenden und **bewussten Umgang mit Medien** beibringt. Hierzu sind auch Unterrichtsmaterialien zu entwickeln.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in der Kultusministerkonferenz (KMK) dafür einzusetzen, dass die angefangenen Bemühungen um **einheitliche Standards in der Bildungspolitik** weitergehen sollen. Das Bildungsgefälle in der Bundesrepublik soll ausgeglichen werden. Dies soll auf Bundesebene passieren, so dass einzelne Länder diese Regelung nicht umgehen können.

Die Landesregierung wird aufgefordert, dass im Gemeinschaftskunde- bzw. WiPo-Unterricht über die **kommunalen Beteiligungsmöglichkeiten** gemäß Paragraf 47f der Gemeinde-Ordnung Schleswig-Holstein informiert wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die Fahrkostenregelung mit den Kommunen dahingehend zu ändern, dass die **Fahrtkosten** ab 2 km für Grundschüler und ab 4 km für Schüler von der 5. bis zur 13. Klasse übernommen werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, **mehr Gelder für Projekte** von öffentlichen Einrichtungen in Kooperation mit Schulen Schleswig-Holsteins zur Verfügung zu stellen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die **Einführung der Profiloberstufe zurückzuziehen**.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die **Schülerzahl in den Klassen bzw. pro Lehrkraft auf höchstens 25**, in der Oberstufe auf höchstens 20 zu beschränken.

Die Landesregierung wird aufgefordert, die **6jährige Grundschule einzuführen**.

## **Themenbereich „Inneres/Recht“**

Die Landesregierung wird aufgefordert eine **projektbezogene finanzielle Förderung für gemeinnützige Vereine**, insbesondere die Jugendabteilungen der Vereine anzubieten. Schwerpunkte sollen sein:

- verbesserte Integration von Migranten
- Chancengleichheit der Bevölkerungsschichten
- alternative Bildungsangebote für Jugendliche
- Förderung von körperlich und geistig Behinderten

Die Landesregierung wird aufgefordert, das **passive Wahlrecht** in Schleswig-Holstein, auf **kommunaler Ebene** schon **ab 16 Jahren** einzuführen.

Die Landesregierung und -verwaltung werden aufgefordert, beim **Einkauf von Produkten, Rohstoffen und Dienstleistungen** jeglicher Art darauf zu achten, dass, falls es nicht mit einem unverhältnismäßig höherem finanziellen oder organisatorischen Aufwand verbunden ist, immer die **umweltfreundlichste Variante** gewählt wird und in jedem Fall die Menschenrechte bei der Produktion eingehalten sowie keine Menschen ausgebeutet werden. Dies soll

für sämtliche vom Land getätigten Einkäufe gelten. Die Landesregierung möge sich zudem auf Bundesebene dafür einsetzen, dass diese Vorgaben auch für den Bund gelten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich **gegen** die von CDU/CSU und SPD ab 2008 **geplante Vorratsdatenspeicherung** und das Verbot von Anonymisierungsdiensten auszusprechen.

Die Landesregierung möge sich dafür einsetzen, dass **Zigarettenpackungen** mit sogenannten „**Schockfotos**“ ausgestattet werden.

## **Themenbereich „Soziales/Gesellschaft/Hochschule“**

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die **(Halb)waisenrente** nicht länger auf das Kindergeld angerechnet wird.

Die Landesregierung wird aufgefordert, das **letzte Kindergartenjahr verpflichtend** zu machen. Dieses soll kostenlos sein und den Schwerpunkt auf Bildung (spielerisches Lernen) legen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, durch eine entsprechende Bundesratsinitiative darauf hinzuwirken, dass **Studiengebühren bundeseinheitlich ausgeschlossen** werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, in Schleswig-Holstein weiterhin **keine Studiengebühren** einzuführen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, an **Schulen zusätzliches Personal wie Sozialpädagogen anzustellen**, um Konflikte in Klassen entgegenzuwirken und die individuelle Förderung jedes einzelnen zu gewährleisten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die **Beibehaltung des aktuellen FSJ/FÖJ- Gesetzes** einzusetzen.

Die Landtag wird aufgefordert, die Höhe der **Vergütung für TeilnehmerInnen des Freiwilligen Ökologischen Jahres** auf den Stand des Jahrgangs 06/07 zurückzusetzen.

## **Themenbereich „Wirtschaft/Verkehr/Umwelt“**

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Bundesrat **gegen die Privatisierung der Deutschen Bahn AG** sowie gegen den Verkauf des Streckennetzes zu stimmen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat für eine **bundesweite Lichtpflicht im Straßenverkehr** einzusetzen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich verstärkt nach Möglichkeiten umzusehen, eine Abhängigkeit von einzelnen **Energielieferanten** zu verhindern.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich **gegen die vollständige Privatisierung von Stadtwerken** auszusprechen. Hierbei darf der private Anteil den staatlichen nicht überschreiten.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich in einer Bundesratsinitiative für einen Ausbau von elektronischen Systemen zur **aufkommensabhängigen Verkehrssteuerung** und **Temporegulierung** einzusetzen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine allgemeine **Vignetenpflicht** auf deutschen Autobahnen einzusetzen, zugunsten einer Verminderung der KFZ-Steuer.